

Antrag

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Eduard Oswald, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Michael Meister, Günter Nooke, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Wilhelm Josef Sebastian und der Fraktion der CDU/CSU

Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für den Standort Deutschland mit seiner Lage in der Mitte Europas ist eine leistungsfähige Infrastruktur unabdingbar. Die Qualität unseres Verkehrssystems ist auch im 21. Jahrhundert ein maßgeblicher Faktor für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Eine starke und dynamische Wirtschaft, Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität einerseits und Mobilität andererseits bedingen einander. Dauerhafte und nachhaltige Mobilität ist Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowie für die Lebensqualität in den Städten und auf dem Land.

Leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundvoraussetzung für ein Verkehrssystem, das in der Lage sein muss, auch künftige Verkehrszuwächse reibungslos, sicher und umweltschonend zu bewältigen. Es gilt, jetzt die notwendigen Weichen zu stellen, damit Erhalt sowie Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auch in Zukunft den steigenden Mobilitätsansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft auf einer ökonomisch und ökologisch tragfähigen Basis gerecht werden. Dazu müssen die Schwachstellen und Engpässe in unserer Verkehrsinfrastruktur beseitigt werden. Ziel der Verkehrspolitik ist, die Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems zukunftsorientiert zu gestalten.

Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat im Sommer 1999 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen eine unabhängige Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ berufen. Diese Kommission hatte den Auftrag, konkrete Empfehlungen für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege zu erarbeiten. Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Schlussbericht der Kommission am 5. September 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Kommission betont, dass es nach ihrer Überzeugung nicht lediglich darum gehen kann, nach zusätzlichen Möglichkeiten der Mobilisierung privaten Kapitals für die Finanzierung der Bundesverkehrswege zu suchen. Vielmehr könn-

ten nur nachhaltige Lösungen dem im Auftrag beschriebenen Problem Rechnung tragen.

Deshalb hat sie einen generellen Lösungsansatz für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege mit folgenden Hauptkomponenten empfohlen:

- Umstellung der Finanzierung auf Nutzerfinanzierung
- Anwendung des Verursacherprinzips
- Ausgliederung der Bundesverkehrswege aus der Bundesverwaltung und Überprüfung der Abgrenzung der Bundesverkehrswege
- Erweiterung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung und der Beteiligung Dritter an der Finanzierung der Bundesverkehrswege

Des Weiteren schlägt die Kommission Lösungskonzepte für die Bundesfernstraßen, die Bundesschienenwege und die Bundeswasserstraßen vor, die auf folgenden gleichen Komponenten aufbauen:

- Gründung von Finanzierungsgesellschaften (bei der Bahn Ausgliederung der Netz AG aus der AG-Holding)
- Erhebung streckenbezogener, belastungsabhängiger Gebühren
- Private Finanzierung, Betreibermodelle, Betreiberkonzessionen
- Abgrenzung der Bundesverantwortung, Konzentration auf gestraffte Verkehrswege
- Mitfinanzierung durch Dritte

Die Analyse der Kommission zur Verkehrsentwicklung sowie ihre Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Finanzierung der Bundesverkehrswege sind eine gute und geeignete Grundlage für die notwendige Beratung in den Gremien des Deutschen Bundestages.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bis spätestens 1. September 2001 unter Berücksichtigung des Berichtes der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ ein Konzept für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu erstellen und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.

Berlin, den 13. Februar 2001

Dirk Fischer (Hamburg)
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Eduard Oswald
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Georg Brunnhuber
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Peter Götz
Manfred Heise
Hans Jochen Henke

Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus
Eduard Lintner
Dr. Michael Meister
Günter Nooke
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Peter Repnik
Heinz Schemken
Wilhelm Josef Sebastian
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion